

EDITORIAL

BERLINER DEBATTE INITIAL 35, 2024/3, 293–294

GREGOR RITSCHEL

Editorial

Politische Bildung steht heute unter Druck: Neue Medien und neue Rezeptionsweisen führen dazu, dass politisches Wissen anders als bisher vermittelt und aufgenommen wird. Kriege, Krisen, Inflation und soziale Ungleichheit machen Menschen Sorgen, während rechtspopulistische Akteure die freiheitlich-demokratische Grundordnung angreifen. Der von der politischen Bildung angestrebte Leitgedanke einer menschenrechtsbasierten pluralistischen Gesellschaft mit einem diskriminierungsfreien Miteinander stößt dadurch bei zunehmend mehr Menschen auf Ablehnung. Auch die Verstimmungen, die die Corona-Pandemie mit sich brachte, sind bis heute kulturell kaum aufgearbeitet. Verschwörungstheorien, Fake News, Künstliche Intelligenz und Deep Fakes stiften zusätzliche Verwirrung. Auch alte Phänomene des Extremismus zeigen sich in neuen Gewändern. Nicht zuletzt werden die Folgen des Klimawandels immer sichtbarer. Doch während die Aufgabenbereiche der politischen Bildung in einer „superdiversen Gesellschaft“ wachsen, stehen angesichts knapper Kassen Kürzungsdrohungen im Raum.

Die Vielfalt der Aufgaben politischer Bildung nimmt ebenso zu wie der Bedarf nach sachlicher Einordnung. Die politische Bildung reagiert darauf mit Diversifizierung und der Entwicklung neuer Ansätze und Methoden, indem sie beispielsweise Synthesen mit der Medienbildung eingeht. Der noch recht junge Ansatz der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) nimmt derweil Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft gleichzeitig in den Blick. Die ebenfalls noch recht junge kritische politische Bildung fokussiert auf Herrschafts- und Machtkritik und stellt damit auch politische Wirtschaftsordnungen und ihre Ressourcenübernutzung in Frage. Historische politische Bildung und Bildungsansätze, die von der Postkolonialen Theorie inspiriert sind, richten den Blick zurück in die Geschichte, um die Gegenwart zu verstehen, zu der auch die Epochen überdauernden Phänomene des Rassismus und Antisemitismus gehören. Die Vielfalt des Feldes und der damit verbundenen Aufgaben erzeugt allerdings womöglich auch Fliehkräfte.

Der Themenschwerpunkt „Politische Bildung unter Druck“ versammelt aktuelle Perspektiven, Konzepte und Methoden der politischen Bildung, die auf die zahlreichen aktuellen Herausforderungen reagieren. Dabei wird deutlich, dass eine demokratische Gesellschaft auf zeitgemäße politische Bildung angewiesen ist, um sich gegen Angriffe zu wehren und zukunftsfähig zu sein.

Eröffnet wird der Schwerpunkt mit einem Beitrag von *Stefan Breuer*, *Tina Hölzel* und *Nele Mai*. Sie beschreiben einen offenen und erfahrungsorientierten Bildungsansatz, der an der Technischen Universität Dresden entwickelt wurde. Dabei geht es um verpflichtende Angebote der politischen Bildung für Lehramtsstudierende aller Fächer,

die als zukünftige Lehrkräfte stets auch die Aufgabe haben, die jüngere Generation im Sinne der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen. *Dominik Becher* fragt in seinem Essay, ob ChatBots zur politischen Bildung beitragen können, indem man sie als intellektuelle Sparringspartner nutzt. Ohne die Herausforderungen und Gefahren von KI zu ignorieren, argumentiert der Autor für eine pragmatische Sicht auf ChatBots. Damit grenzt er sich ab von momentan beliebten ChatGPT-Copy&Paste-Dystopien. In einem Erfahrungsbericht stellt *Oliver Müller* die Arbeit der in den letzten Jahren eingerichteten psychosozialen Beratungsstellen für Angehörige von Verschwörungsgläubigen dar. Diese Beratungsstellen spielen heute nicht nur eine wichtige Rolle, um Angehörige zu entlasten. In ihrer Praxis zeigt sich außerdem, dass sie sowohl für die Präventionsarbeit als auch für die politische Bildung einen wertvollen Beitrag leisten. *Gregor Ritschel* plädiert dafür, soziale Ungleichheit stärker als bislang in der politischen Bildung zu thematisieren, weil dieses Phänomen vielen aktuellen gesellschaftlichen Konflikten und Verwerfungen zugrunde liegt. Eine adäquate, gleichermaßen faktenbezogene wie werteorientierte Auseinandersetzung mit tatsächlichen sozioökonomischen Dynamiken kann rechtspopulistischen Sündenbockerzählungen gegenübergestellt werden. *Christian Fischer* analysiert Potenziale und Probleme einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und beleuchtet insbesondere die Dimension des politischen Lernens. An ausgewählten Unterrichtsbeispielen zeigt er, dass gut gemeinte Bildungsansätze in manchen Fällen eine Überwältigung und soziale Ausgrenzung der Lernenden riskieren. Vor diesem Hintergrund plädiert er für eine kritische, konfliktorientierte Herangehensweise, die die individuellen Lebensrealitäten der Schüler:innen berücksichtigt und „BNE“ als ein Bildungsangebot gestaltet, das sozial inklusiv und emanzipatorisch wirkt. Ambivalenzen politischer Bildung, die sich durch den Einsatz und die Nutzung sozialer Medien ergeben, sind das Thema des Beitrags von *Laura Greulich*. Am Beispiel von Instagram und TikTok fragt sie nach dem Beitrag von Social Media für den Politikunterricht in der Schule. Oft als unterkomplexe Medien und als Radikalisierungsbeschleuniger verdammt, sind Social-Media-Kanäle dennoch ein fester Bestandteil der Lebenswirklichkeit junger Menschen, was ihren Einsatz im Unterricht attraktiv erscheinen lässt und ihre Reflexion erforderlich macht. Abschließend argumentiert *Hans Zillmann* dafür, dass politische Bildung das Ziel haben sollte, informierte Bürger zu schaffen, die sowohl rationale als auch emotionale Aspekte ihrer Entscheidungen reflektieren können. Politische Bildung müsse dies berücksichtigen, um eine tiefere demokratische Wertebildung zu ermöglichen. Letztlich müsse aber das Moment der Rationalität für den politischen Diskurs im Vordergrund bleiben.

Außerhalb des Themenschwerpunkts präsentieren wir in dieser Ausgabe erstmals einen Beitrag in der Rubrik „Ostgespräche“. Wir knüpfen damit an den gleichnamigen Themenschwerpunkt von Heft 2/2024 an. Auch vor dem Hintergrund des 75. Jubiläums des Grundgesetzes deutet *Kerstin Brückweh* die Diskussionen um eine gesamtdeutsche Verfassung, die nach 1989/1990 geführt wurden, als verpasste Chance. Der historische Blick auf Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte verschiedener Protagonisten dieser Debatten enthüllt zugleich, dass deren Positionen und Interessen sich einer simplen Ost-West-Zuordnung entziehen.